



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17.11./25 - 30.1.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zu den Kernfragen vorgestossen	S. 1
Umstrittenes Wahlgesetz in NRW	S. 3
Das Debut des Postministers	S. 4
Glosse: Das geteilte Altersheim	S. 5

Die nächste Woche

P.R. Berlin

Diese Woche wird in Berlin ganz vorwiegend der deutschen Frage gewidmet sein, nachdem sie überraschend schon am Freitag auf die Tagesordnung kam - durch die Vorlage des sogenannten Edenplanes über den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, wie er von den Westmächten empfohlen wird.

Es ist das ein sorgfältig erarbeitetes, aber selbstverständlich nur in Umrissen entworfenes Konzept, das sicher in vielen Einzelheiten ergänzungsbedürftig und, nach sozialdemokratischer Auffassung, auch korrekturbedürftig ist, das aber sicher als eine geeignete Diskussionsgrundlage angesehen werden kann. Die Korrekturbedürftigkeit wird sich vor allem auf die Kompetenzen der Nationalversammlung und der von ihr zu wählenden Regierung beziehen, die in den Edenplan lediglich als eine Art provisorische Oberste Behörde mit recht beschränkten Vollmachten fungiert.

Damit kommt man bereits zu Einzelheiten, die erst Gegenstand genauerer Untersuchungen sein müssen, wenn die Diskussion darüber in der Konferenz selbst eingesetzt hat. Die Bundesregierung hat freilich bereits unmittelbar nach Bekanntwerden dieses westalliierten Vorschlages am Freitagabend durch ihre Berliner Verbindungsstelle einen Kommentar geben lassen, der eine sehr eigenwillige und die Tatsachen, d.h. in diesem Fall den Wortlaut der Eden-Rede, nicht korrekt wiedergebende Interpretation darstellt. Wenn ausser-

dem in diesem Zusammenhang von den gleichen Kreisen jetzt bereits dieser Vorschlag als ein Minimalprogramm bezeichnet wird, ehe man überhaupt in die Verhandlungen eingetreten ist, so mag der Wunsch, dass es so sei, verständlich erscheinen. Aber es wäre illusorisch, zu übersehen, dass nun erst die Beratungen recht eigentlich beginnen und dass man schlechterdings nicht einfach mit der Annahme dieses Programms durch die Sowjets rechnen kann.

Auch erscheint es ziemlich sicher, dass die Sowjets von Beginn an mit der Behandlung der Modalitäten einer deutschen Wiedervereinigung das Sicherheitsproblem verbinden werden, wie sie es immer wieder angekündigt haben oder, anders ausgedrückt, dass sie die auch in der jüngsten Vergangenheit so oft behandelte Frage des internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschlands aufwerfen werden. Hier wird es vor allem darum gehen, die auch von Eden mit vollem Recht erhobene Forderung nach der aussenpolitischen Entscheidungsfreiheit einer künftigen gesamtdeutschen Regierung mit dem allseitigen, verständlichen Bedürfnis eben nach Sicherheit in Einklang zu bringen. Bei den Westmächten, den Sowjets und vor allem den Deutschen.

Neben dieser Deutschland-Diskussion wird in dieser Woche die Fortführung der Behandlung von Fragen einherlaufen, die sich aus der Problematik der Fünferkonferenz, den russischen Wünschen und den westalliierten Einwänden hierzu, aus der in der vergangenen Woche aufgeworfenen Möglichkeit einer grossen Abrüstungskonferenz im Herbst und aus der Notwendigkeit ergeben, auch die speziellen Probleme einer internationalen Atomregelung zu behandeln.

Man kann nur hoffen, dass der Ablauf der Ereignisse in diese Woche eine gerechtere und ruhigere Beurteilung finden möge als es in der vergangenen Woche an allzu vielen Stellen geschah. Dass man aber schon nach vier Sitzungstagen in Berlin zum Kern der Konferenz vorsties, hat viele Erwartungen übertroffen. Das soll man ruhig einmal zugeben und sich nicht immer nur in gleichbleibendem, superklugem Skeptizismus gefallen.

Aus dem bisherigen Verlauf der Konferenz darf jedenfalls gefolgert werden, dass sich offenbar alle Teilnehmer der Konferenz sowohl der Schwierigkeiten der Probleme als auch der Schwere der Verantwortung bewusst sind. Niemand könnte es aushalten, für ein Fiasko dieser Konferenz verantwortlich bezeichnet zu werden. Dieses Motiv mag recht unzureichend und fast negativ wirken. Aber es hat in der ersten Woche bereits seine Wirkung getan und hoffentlich wird das auch künftig der Fall sein.

Nordrhein-Westfalens CDU vor einer schweren Entscheidung

rw. Düsseldorf

Die CDU Nordrhein-Westfalens steht vor einer recht schwierigen Entscheidung. Soll sie das Zentrum, diese Zweimannpartei des Bundestages, in Nordrhein-Westfalen retten und dieser kleinsten Partei weiter politischen Einfluss geben - was die CDU offensichtlich ganz und gar nicht will - oder soll sie darauf verzichten, mehr Abgeordnete im neuen Landtag zu haben, als es der Wahlentscheidung der Bevölkerung Ende Juni dieses Jahres entsprechen würde?

Das Wahlgesetz, nach dem der jetzige Landtag gewählt ist, sah eine derartige Begünstigung durch sogenannte "Überhangmandate" vor. Die CDU erreichte aufgrund jenes Gesetzes bei nur etwa 10 Prozent Stimmen mehr als die SPD etwa 30 Prozent Landtagsabgeordnete mehr, und so wurde es möglich, dass vier Jahre lang eine "KleinsteKoalition" CDU-Zentrum in dem grössten deutschen Landregionen konnte, eine KleinsteKoalition, die zwar mehr als 50 Prozent der Abgeordneten, aber keineswegs 50 Prozent der Stimmen bei der letzten Landtagswahl erhalten hatte.

Aus vielerlei Gründen begünstigt jenes alte Wahlgesetz ziemlich eindeutig die CDU. Niemand kann es daher den anderen Parteien verübeln, wenn sie danach streben, für die kommenden Landtagswahlen ein Wahlgesetz zu verabschieden, das diese Begünstigung nicht mehr enthält. Die Begünstigung abzuschaffen, ist formell verhältnismässig leicht. Die Wahlgesetzexperten der verschiedenen Fraktionen haben in den Nachkriegsjahren Gelassenheit genug gehabt, sich mit mehr oder weniger komplizierten Wahlmethoden bekannt zu machen und dabei sozusagen eine Prozentroutine zu gewinnen. Schliesst sich das Zentrum der Auffassung von FDP und SPD an, dann sind die Überhangmandate der CDU nicht zu retten. Die Mehrheit liegt eindeutig bei diesen drei Parteien.

Dass die CDU ihre Überhangmandate behalten möchte, ist verständlich, wenn auch politisch durchsichtig. Aber die Fraktion

der CDU weise, dass ihre Stimmen allein in der Abstimmung nicht ausreichen. Der Koalitionspartner Zentrum aber würde vermutlich nur unter der Bedingung dem Verbleib der Überhangmandate zustimmen, wenn die Fünfprozentklausel des Wahlgesetzes fällt. Sie soll entweder ganz fallen, oder durch eine Zwei- bzw. Dreiprozentklausel ersetzt werden. Nach dem stetigen Abfall der Zentrumsstimmen in Nordrhein-Westfalen von über 10 Prozent 1946 auf nicht mehr drei Prozent bei der letzten Bundestagswahl hat das Zentrum mit einiger Sicherheit zu gewärtigen, dass es keine fünf Prozent mehr erreicht und dementsprechend aus dem nordrhein-westfälischen Landtag verwindet. Viele politischen Beobachter glauben, dass dann die Rolle des Zentrums wohl endgültig auch als politische Partei ausgespielt wäre. Wiederum verständlich, aber ebenso durchsichtig ist es nun, wenn das Zentrum versucht, Stimmung für den Wegfall der Fünfprozentklausel zu machen.

In dieser Situation wäre eine eindeutige Willenserklärung der CDU am Platze. Die SPD ist am Wegfall der Fünfprozentklausel nicht interessiert, sie ist aber genau so wenig daran interessiert, dass die Überhangmandate bleiben. Ihre Entscheidung wird nach dem Gewicht dieser beiden Tatbestände und nach den Möglichkeiten fallen, die vor allem durch die Entscheidung der CDU geschaffen werden müssen.

+ + +

Die kurioseste Schaustellung seit dem 6. September

-a. Wie wäre es, wenn Sie Ihren Abschied nehmen würden, so fragte eine Frankfurter Zeitung Herrn Dr. Balke, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Eine andere Frankfurter Zeitung brachte ohne Kommentar die Erklärung des in diesem Jahr zur CSU gestossenen Ministers, nach der er kein Trottel ist.

Die Kommentare, die in Bonn zu Balkes Debut abgegeben wurden, waren noch weniger liebenswürdig. Man hat es ihm nicht verübelt, dass er sich im Umgang mit Journalisten als ungewandt erwies. Das tun andere auch. Deprimierend war die Anmassung und die sachliche Unkenntnis. Ein Postminister, der höhere Gebühren fordert und Defizit sowie Finanzbedarf der Post nicht bis

in den letzten Pfennig zu sagen weise und auf die Veröffentlichungen der Fachpresse verweist, ist peinlich. Ein Postminister, der die beabsichtigte Gebührenerhöhung u.a. mit den Worten kommentiert, "Wenn die Gebühren zu hoch würden, könnten ja weniger schreiben und telefonieren", ist fehl am Platz. Was der Minister sonst sagte, waren Versicherungen, dass er doch ein Fachmann sei. Später versicherte er, wenn er anderen oder es ihm nicht mehr passe, könne er in seinen Beruf zurückgehen, wo er ohnehin mehr als gegenwärtig verdient habe. Im übrigen habe er die Situation der Post nicht herbeigeführt, sondern das hätten andere getan. Im übrigen könne er alles so lassen wie es ist und dann eines Tages zu dem Herrn Finanzminister, seinem engeren Parteifreund, gehen und sagen, nun gehe es der Post wie der Bundesbahn.

Es ist Herrn Balke zu beschönigen, dass er die kurioseste der ministeriellen Schaustellungen seit dem 6. September gegeben hat. Die Hoffnung, dass Dehlers Wechsel in die FDP-Fraktion und die Seebohm auferlegte politische Enthaltensamkeit sicherstellen würden, dass sich die neuen Minister wie Minister benehmen und erklären, hat sich nicht erfüllt. Der Familienminister zieht durch die Lande und versucht, die Zeit der Gegenreformation wiederzuerwecken, und der Bundespostminister versichert, kein Trottel zu sein. Das kann ja noch schön werden.

+ + +

Das geteilte Altersheim

R.G. Dass es eine katholische und eine evangelische Mathematik geben soll, deren Vermengung eine Gefährdung der Jugend und damit eine Bedrohung des Staates darstelle, an diese Behauptung haben wir uns, so kurios sie ist, beinahe schon gewöhnt. Und also trennen wir mancherorts die Jugend der einen streng von der Jugend der anderen Konfession und lassen sie nebeneinander statt miteinander wachsen, auf dass ja, kraft des Trägheitsgesetzes oder der Macht der Gewohnheit, durch das Leben hindurch die Trennung reiche und niemand gewahr werde, dass in den katholischen Logarithmentafeln dieselben Zahlen stehen wie in den evangelischen.

Die Macht der Gewohnheit tut ihr Teil; auch die Weisheit des Alters, die alle Gegensätze verklärt, reicht offenbar nicht aus, um der Wahrheit, dass vor Gott alle Menschen gleich seien, zum Siege zu verhelfen. Was die einen für die Schulen fordern, wünschen die anderen für das Altersheim. So hat jetzt die Stadt Ulm, im Begriff ein Altersheim zu bauen, eine heftige Debatte gehabt, in der es darum ging, 500 000 M zu Nutz und Frommen der Alten anzulegen und ihnen ein Heim zu schaffen. Aber es gibt in Ulm alte Leute, die an einen katholischen lieben Gott glauben, und es gibt solche, die sich dem evangelischen verschrieben haben. Man kann doch nicht...

Nein, man konnte nicht. Obwohl - so behauptete jedenfalls die SPD-Stadtratfraktion - für das Geld in einem einzigen geschlossenen Projekt, einem "Altendorf", ein sehr gutes und sehr vorbildliches Heim hätte gebaut werden können. Man teilte die Summe in zwei Teile, gab sie zwei Institutionen der einzelnen Konfessionen und stellte nebenher in Aussicht, vielleicht später einmal, falls Geld vorhanden sei, ausserdem noch ein interkonfessionelles städtisches Altersheim zu errichten.

Und also ist in Ulm das Seelenheil auch für die Alten noch einmal gerettet worden. Sie werden getrennt bleiben und in dem einen Heim katholische und im anderen evangelische Milch trinken und bis zu ihrem Ende nicht gewahr werden, dass die eine genau wie die andere nach den gleichen gesetzlichen Normen abgerahmt wird.

+ + +